



DL21

#leftlessons

#leftlessons Nr.5 – Zusammenfassung

Wirtschaftsdemokratie – Eine reale Utopie

Vortrag und Diskussion mit dem Chef-Ökonom von ver.di, Dr. Dierk Hirschel

Eingeordnet ist die Frage nach Wirtschaftsdemokratie in unser Verständnis, was wir unter Demokratischem Sozialismus verstehen. Diese Debatte ist wichtig, denn progressive Kräfte brauchen einen utopischen Überschuss. Utopien sind Kraftquellen für wirksame gesellschaftliche Mobilisierung.

Heute leiden die linken Bewegungen unter einem Utopieverlust. Der Sozialismusbegriff gilt als diskreditiert durch die Modelle des Ostblocks, aber wir haben selbst auch seit den 1990ern versäumt, die Diskussion darüber, was wir unter Demokratischem Sozialismus verstehen, zu führen. Aber wir brauchen diese Diskussion über alternative Wirtschaftskonzepte und alternative Gesellschaftsmodelle zum derzeitigen Kapitalismus. Ein besonderes Versäumnis ist es, dies nach der Finanzmarktkrise 2007 nicht offensiv angegangen zu sein. Die SPD kann sich nicht leisten, den Demokratischen Sozialismus im Programm zu verstecken, denn wir werden keine starke gesellschaftliche Bewegung für einen sozial-ökologischen Umbau bekommen, wenn wir Linke keine Vision dafür entwickeln.

Es geht dabei immer um gute Arbeit. Das heißt: sie muss sicher, gesund, planbar, sozial abgesichert und mitbestimmt sein. Dahinter können sich sehr viele Menschen versammeln. Aber das allein reicht nicht aus. Wir müssen dies mit einer Vorstellung von ökologischem Umbau und gesellschaftlicher Gerechtigkeit verbinden. Dafür müssen Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft zum Beispiel in Richtung guter Ernährung, umweltfreundlicher Mobilität, lebenswerter Städte, einer Verringerung der Disparität von Stadt und Land sowie saubere Energie gelenkt werden.

Ein solcher sozialökologischer Wandel wird nur möglich sein, wenn es gelingt, ihn mit Demokratie im Wirtschaftsleben zu verbinden. Die Demokratiefrage ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Transformation. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die profitgetriebenen Unternehmen einen sozial-ökologischen Wandel nicht vorantreiben werden. Zugleich können wir darauf setzen, dass die Arbeitnehmer*innen an betrieblichen Entscheidungen verstärkt beteiligt werden wollen.

Wirtschaftsdemokratie erscheint zunächst als ein technischer Begriff – hat aber eine bedeutsame Historie, gerade in der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. Die



DL21

#leftlessons

Ausarbeitung wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen hat in „Weimar“ begonnen und wurde in der BRD nach dem Faschismus gerade von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wieder aufgegriffen. Seitdem geht es eigentlich darum, die demokratische gesellschaftliche Macht endlich auf die Wirtschaft auszuweiten. Einen neuen Schwung hat diese Diskussion in Gewerkschafts- und Wissenschaftskreisen in den 2000er Jahren erfahren, aber leider sind dies bisher nur kleine Diskussionszirkel. Umso wichtiger ist es, dass wir uns dieser Vorstellungen annehmen.

Die gesellschaftliche Macht auf die Wirtschaft auszuweiten, heißt übrigens nicht, dass der Staat mehr Einfluss bekommen soll. Es heißt: mehr Selbstorganisation in den Betrieben, der Verbraucher, der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen. Es geht nicht darum, seine Interessen an den Staat zu delegieren, sondern sie gemeinsam mit anderen demokratisch wahrzunehmen.

Die gängigen Konzepte von Wirtschaftsdemokratie behandeln deshalb heute meist drei Ebenen: Die betriebliche und Unternehmensmitbestimmung, die „Meso-Ebene“ – das bedeutet: Demokratie auf Regionen- und Branchen-Ebene – sowie die „Makro-Ebene, also die gesamtwirtschaftliche Planung.

I. Betriebliche Mitbestimmung, Unternehmensmitbestimmung:

Es bietet sich hierzulande an, an die erkämpften bestehenden Strukturen der Unternehmensmitbestimmung und betriebliche Mitbestimmung anzuknüpfen:

Für Demokratie im Betrieb heißt das:

- a) Betriebs- und Personalräte sollen in allen wirtschaftlichen Fragen (Betriebsänderungen, Entlassungen, Arbeitszeit, Personalbemessung) mitentscheiden.
- b) Die Vertretung aller Beschäftigten muss unabhängig vom rechtlichen Status gewährleistet sein.
- c) Wir müssen endlich die betriebliche Mitbestimmung auch in Tendenzbetrieben und kirchlichen Einrichtungen durchsetzen.

Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung können wir an die Montanmitbestimmung anknüpfen. Das bedeutet, dass es in den Aufsichtsräten eine wirkliche Parität zwischen Arbeit und Kapital in allen Unternehmen geben muss. Dieses Modell wäre auf kleinere Betriebe, z.B.



DL21

#leftlessons

ab 1.000 Beschäftigten statt erst ab 2.000 Beschäftigten, auszuweiten. Vor allem müsste auch der Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Aktivitäten erweitert werden (Produktionsinhalt und Qualität) und zum Beispiel Schließung/Verlagerung nur mit einer 2/3-Mehrheit erlauben.

Eine weitere Verbesserung wäre die Beteiligung von Verbraucherverbänden, Umweltverbänden und ähnlichen Organisationen in den Aufsichtsräten. Dies ist auch bei den Gewerkschaften umstritten, die fürchten, dass dies zulasten der Arbeitnehmer*inneninteressen ginge. Das muss man ausdiskutieren. Kurzfristig können gesellschaftliche Interessen und ökonomische Interessen der Belegschaften im Widerspruch stehen, aber gerade diese Gegensätze müssen wir für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung überwinden. Dafür ist Demokratie entscheidend.

II. Mesoebene = Demokratie auf Regions- und Branchenebene:

Wie gesagt: Einzel- und Gesamtwirtschaftliche Interessen fallen häufig zunächst auseinander. Wir brauchen also auch eine demokratische Regulierung dieser Zielkonflikte. Betriebliche Entscheidungen haben immer Folgen für die Regionen, nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze, sondern auch in Bezug auf Ökologie, Raumplanung, ökonomische Struktur und kulturelle Entwicklung. Die gesellschaftlichen Implikationen betrieblicher Entscheidungen und die Interessen der Gesamtbevölkerung müssen also demokratisch ausgehandelt werden. Das heißt:

- a) Regional-, Struktur-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss Firmen Ziele vorgeben und gesellschaftlich steuern.
- b) Dafür wären Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene, bestehend aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden sowie Einzelpersonen zu gründen.
- c) Kompetenzen solcher Räte könnten u.a. ein gesetzliches Initiativ- und Informationsrecht sein, sie könnten Untersuchungen und Gutachten veranlassen und Gesetzentwürfe begutachten. Es wäre auch zu diskutieren, ob sie selbst eine (begrenzte) rechtsetzende Kompetenz haben können.

Der in der BRD überlieferte Rheinischen Kapitalismus ist von Beginn an eine „Mixed Economy“ (Privateigentum, Firmenstiftungen, Genossenschaften, öffentliche Unternehmen etc.). Die Herausforderung besteht erstmal darin, den Pluralismus der Eigentumsformen zugunsten gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen zu verschieben. Ziel sollte sein, die

DL21

#leftlessons

Demokratiepotenziale der politischen Regulation mit den Effizienzpotenzialen des Marktes optimal zu kombinieren (Urban 2019). Das heißt konkret:

- a) Genossenschaften und öffentliche Unternehmen u.ä. Formen sind gezielt staatlich zu fördern.
- b) Wir müssen klären: Wo funktionieren Märkte und wirken schöpferisch? Und wo nicht? Dort, wo sie es nicht sind – wie in allen Bereichen der Daseinsvorsorge – müssen andere als profitorientierte Eigentumsformen gefunden durchgesetzt werden.
- c) Wir müssen die zentrale Rolle gesellschaftlicher Infrastruktur (öffentliche Güter und öffentliche Dienstleistungen) erkennen, ausweiten und nutzen. Dafür sollten wir klare Ziele formulieren, wie zum Beispiel: Wie viele Leute sollen zum Abi gebracht werden? Oder: Wie soll die „Pflege“ in unserer Gesellschaft aussehen?

Klar ist: Dafür braucht es einen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor aus öffentlichen Unternehmen, Genossenschaften und Wohlfahrtsverbänden. Wir müssen aber auch die ehemalige staatlichen und die natürlichen Monopole wieder öffentlich steuern und zurückgewinnen, was privatisiert wurde. (Für die neuen, digitalen Ökonomien gilt dies erst recht.)

Auch dies muss nicht zuletzt in den Gewerkschaften intensiv diskutiert werden, weil teilweise die Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Bereichen in den letzten Jahren noch mehr auf den Hund gekommen sind, als in manchen privaten Betrieben mit starker Mitbestimmung.

Eine Vergrößerung des öffentlichen Sektors könnte sich auf folgende Interventionen stützen:

- a) Die Einrichtung öffentlicher Investitionsfonds („Kapitalsammelstellen“), mit denen man regionale und volkswirtschaftliche Investitionen steuern und kontrollieren kann.
- b) Diese können auch als Sondervermögen der öffentlichen Hand, als öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaften oder als Genossenschaften organisiert werden.
- c) Zu beachten ist dabei, dass öffentliche Unternehmen und Genossenschaften sich immer im Spannungsfeld zwischen Gemeinwohl und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen bewegen. Umso wichtiger ist eine staatliche Regulierung und vor allem – auch innerbetriebliche – demokratische Kontrolle.

DL21

#leftlessons

d) Interessant kann auch ein Modell aus Schweden sein. Dort wurden in den 1970er Jahren Arbeitnehmerfonds gegründet, die sich aus Gewinnabgaben speisten und die demokratisch gesteuert sind.

Nie vergessen sollte man: Die Tatsache, dass irgendwo „öffentliches Unternehmen“ oder „Genossenschaft“ drauf steht, heißt nicht, dass gute Arbeitsbedingungen, Nachhaltigkeit und Mitbestimmung gewährleistet sind – nur die Wahrscheinlichkeit ist höher. Allein die Eigentumsform reicht nicht aus – es muss innen demokratisch sein!

III. Makroebene = Volkswirtschaftliche Gesamtplanung oder:

Demokratie auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Zu entwickeln ist eine volkswirtschaftliche Steuerung und Rahmenplanung. Das heißt: Zielvorgaben für gesellschaftliche Bedarfsdeckung, nicht konkrete Vorgaben für Unternehmen. Die öffentliche Hand hat Sorge zu tragen für Zielstellungen der wirtschaftlichen Bedarfsdeckung und für die erforderlichen Rahmenbedingungen. Das ist keine Planwirtschaft, sondern eben demokratische sozialstaatliche Rahmenplanung. Was ist dafür nötig:

a) Zuerst eine Kapitalmarktregulierung! Dies schließt die Förderung von Genossenschaftsbanken und Sparkassen ein.

b) Wir müssen zivilgesellschaftliche Akteure an der Formulierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik beteiligen. Konzepte dafür müssen dringend entwickelt werden. Man könnte eine Art Rätssystem in die Diskussion einspeisen. Das müsste in der Regel über Verbände und Gewerkschaften laufen. Wichtig ist, dass nicht mehr allein das Parlament, sondern eben maßgebliche zivilgesellschaftliche Akteure und dadurch die Bevölkerung insgesamt mehr demokratischen Einfluss nehmen können.

c) Dafür müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, dass dies nicht mehr ausschließlich nationalstaatlich funktioniert. Heute braucht man ein Mehrebenen-Konzept: national, europäisch und international. Das ist ebenfalls eine neue Herausforderung, für die wir Antworten erst entwickeln müssen.

Wie kommen wir dazu?

Das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften ist neuerdings besser geworden, aber für den geschilderten sozial-ökologischen Umbau brauchen wir eine breite gesellschaftliche



DL21

#leftlessons

Mobilisierung. Dies gelingt nicht allein durch den öffentlichen Schulterschluss, sondern die SPD muss das Vertrauen zurück gewinnen, das sie verspielt hat. Dafür ist eine Überwindung der Hartz-Gesetze zur Re-Regulierung des Arbeitsmarktes unerlässlich.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es mittlerweile einen riesigen Dienstleistungsbereich in unserer Ökonomie gibt, in dem es innerbetriebliche Mitbestimmung überhaupt nicht gibt, sondern vor allem prekäre Arbeitsverhältnisse. Das zu ändern, ist eine zentrale sozialdemokratische Aufgabe; es müssen überall Betriebsräte existieren, Tarifdeckung erreicht werden etc.

Für den Ausgang aus der derzeitigen Krise kann man insofern zuversichtlich sein, als dass der Wert der gesellschaftlich erforderlichen Arbeit neu in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Daraus müssen wir etwas machen.

Daran kann man für die Demokratisierung weiter Bereiche der Ökonomie anknüpfen. Die Menschen, die unverzichtbare Arbeit machen, sollen auch mitbestimmen können. Nur so können wir die Weichen auf Gemeinwohl und sozialökologischen Wandel stellen.

Jetzt haben wir z.B. immer noch die Situation, dass große Teile der Automobilindustrie und der Energieträger diese Weichenstellung nicht unternommen haben. Wenn es uns in der Vergangenheit gelungen wäre, stärkere Mitbestimmung durchzusetzen, dann wären wir da wahrscheinlich schon weiter, weil die Beschäftigten die gesellschaftlichen Interessen und Entwicklungserfordernisse eher im Blick haben als ein profitorientiertes Management.

Es ist deshalb sehr positiv, dass es durch frechere und kreativere Arbeitskämpfe in den letzten Jahren gelungen ist, den Mitgliederverlust der Gewerkschaften zumindest zu bremsen und die Lohnentwicklung wieder positiv zu wenden. Eine grundlegende Trendwende in den sozialen Kämpfen ist da durchaus machbar. Das ist Grund zur Hoffnung, weil auch die Konfliktwilligkeit zugenommen hat.

Was wir aber darüber hinaus brauchen, sind breite gesellschaftliche Bündnisse und politische Organisationshilfen – zum Beispiel zur Durchsetzung der Tarifbindung. Da muss eine progressive Politik den Gewerkschaften unter die Arme greifen, um zum Beispiel das Werkvertragsunwesen zu beenden, die prekäre Beschäftigung zurückdrängen, wirklich gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen.

Wenn man sich die Umweltbewegung anguckt, kann man feststellen, dass sie sich verstärkt mit der sozialen Frage auseinandersetzt. Die entsprechenden Bewegungen und Verbände



DL21

#leftlessons

wissen auch, dass die Klimakatastrophe nur angegangen werden kann, wenn es breite gesellschaftliche Mehrheiten gibt. Und sie wissen auch, dass das bedeutet, dass Mobilität, Arbeitsplatzsicherung, gute Arbeit und vernünftige Einkommen möglich gemacht werden müssen.

Deshalb ist es möglich, die nötigen Bündnisse zu entwickeln. Unsere Aufgabe sollte es sein, an so einer gemeinsamen Bewegung zu stricken und dafür im politischen Raum auch Bündnisse mit der Linken und den Grünen zu erarbeiten. Aber wir wissen alle, dass da nur Drive rein kommt, wenn es eine starke außerparlamentarische Bewegung gibt. Daran müssen wir arbeiten, gerade als DL21.

Dierks Einschätzung des Konjunkturprogramms und der europäischen Krisenantworten:

Das Konjunkturprogramm kam zur richtigen Zeit und ist vom Volumen als Sofortprogramm erstmal angemessen. Es wird wirken, aber vielleicht nicht ausreichen, um die Konjunktur wirklich anzuschieben. Die Mehrwertsteuersenkung ist ein problematisches ökonomisches Großexperiment, bei dem nicht sicher ist, ob die Erleichterung wirklich bei den Verbrauchern ankommt. Wenn die Unternehmen sie nicht weitergeben, dann vergeudet man 20 Mio. €. Das hätte man als Ergebnis von Koalitionsverhandlungen mit der Union kenntlich machen und nicht als SPD-Erfolg feiern sollen. Man hätte diese Mittel auch viel besser für Zukunftsinvestitionen ausgeben können.

Was wir auf jeden Fall perspektivisch brauchen ist ein großes Investitionsprogramm für die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge – nicht zuletzt für Gesundheit, Kitas und die Verkehrswende, die bisher völlig unzureichend bedacht sind.

Ausblick: Die #LeftLesson 6 soll noch einmal alle Aspekte unserer Diskussion um Daseinsvorsorge und Wirtschaftsdemokratie in Hinblick auf eine demokratisch-sozialistische Transformation zusammenführen und dies unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung reflektieren.